



Wortprotokoll

über die 66. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 4. März 2026

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Krause

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 4. März 2026

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Krause
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Faltin, StRin Fuchs, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif, StRin Harper, StRin Krauss, StRin Langmeier, StR*in Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Voßeler, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StR Balidemaj, StRin Burkhardt, StR Ewald, StRin Gaßmann, StR Gradl, StRin Grimm, StR Dr. Haberland, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schabl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Hefter, StRin Hübner, StR Dr. Köning, StRin Krammer, StRin Likus, StR Mentrup, StR Naz, StRin Odell, StR Offman, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StRin Wenngatz;

AfD:

StR Stanke, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (Bündnis Kultur), StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Holtmann, StR Ruff;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

bfm. StRin Dr. Dornheim

bfm. StR Bfm. StR Dunkel

i. V. Herr Eckhardt (SOZ)

bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Stadtkämmerer Frey

Herr Grodeke (Leitung Kommunalreferat)

i. V. Frau Dr. Herrmann (GSR)

Stadtschulrat Kraus

bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

bfm. StR Mickisch

bfm. StRin Dr. Sammüller

bfm. StR Dr. Scharpf

bfm. StR Wiechers

Inhaltsverzeichnis

Vor Eintritt in die Tagesordnung.....	8
OB Reiter:.....	8
A1: Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Januar bis Dezember 2025	9
A2: SV Waldperlach e.V.....	9
StR Ruff:.....	9
OB Reiter:.....	9
StSchR Kraus:.....	10
A3: Bauprogramm zur Realisierung der Bedarfe der Freiwilligen Feuerwehr	10
StR Ruff:.....	10
StRin Hübner:.....	11
A4: Einlegung einer Kommunalverfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.....	11
StRin Wassill:	11
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	12
B1: Neuregelung der IT-Ausstattung ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder	12
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	12
StR Weisenburger:	12
B3: Gewinnung von qualifizierten Anwärt*innen für die Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“;	13
B6: München baut Zukunft – nachhaltiges und effizientes Bauen.....	13
StR Pretzl:	13
StRin Wassill:	14
B9: Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/64 ..	14
StRin Wassill:	14
B10: Nutzungsmischung bei der Schaffung von Gewerbebaurecht	15
B14: Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport.....	15
StRin Wassill:	15
B16: Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs it@M	16
StRin Wassill:	16
B22: Grundsatzbeschluss über die Veränderung der Zuständigkeit der Verkehrsüberwachung in den Parklizenzengebieten	17
StR Pretzl:	17
C1: Befassung des Stadtrats mit der Aufsichtsratsstätigkeit des Oberbürgermeisters beim FC Bayern München – Kein Interessenskonflikt durch Aufsichtsratsposten.....	18
OB Reiter:.....	18
StR Jagel:.....	20
OB Reiter:.....	20
StR Jagel:.....	20
OB Reiter:.....	20
StR Pretzl:	21
StRin Neff:	22
StRin Hübner:.....	23
OB Reiter:.....	23
C4: Auskunft über Art, Umfang und Vergütung der Nebentätigkeit des Oberbürgermeisters im Aufsichtsrat der FC Bayern AG.....	24
OB Reiter:.....	24

StR Ruff:	24
OB Reiter:	25
StR Pretzl:	26
StR Ruff:	26
OB Reiter:	26
C2: Tempo 30 auf der Landshuter Allee:	27
OB Reiter:	27
StR Roth:	27
OB Reiter:	28
StR Ruff:	28
C3: Keine Kürzungen bei den Integrationskursen!:	30
OB Reiter:	30
BMin Dieltl:	30
StR Lechner:	31
BMin Dieltl:	32
OB Reiter:	32
C5: Sozialen Zusammenhalt stärken, Spracherwerb ermöglichen, Integrationskurse retten!:	34
OB Reiter:	34
StRin Fuchs:	34
A3: Bauprogramm zur Realisierung der Bedarfe der Freiwilligen Feuerwehr:	35
StRin Odell:	35
StR Luther:	36
StR Smolka:	37
StRin Wolf:	38
Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:	38
StR Reissl:	39
StR Smolka:	40
StRin Fuchs:	40
Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:	41
OB Reiter:	41
OB Reiter:	41
B2: Gleichstellungspolitische Leitlinien der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen:	43
StRin Wassill:	43
BMin Dieltl:	44
StRin Wenngatz:	44
B5: Ausschreibung von Bettplätzen mit Flexi-Heim-Standard:	45
StRin Wassill:	45
BMin Dieltl:	46
B7: Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 – West von Laim nach Pasing:	47
StRin Wassill:	47
B11: Regionaler Planungsverband München (RPV); Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von Windenergieanlagen:	48
StRin Wassill:	48
C5: Sozialen Zusammenhalt stärken, Spracherwerb ermöglichen, Integrationskurse retten!:	49
Bfm. StR Wiechers:	49
StR Lechner:	50
StR Pretzl:	51
StRin Odell:	51

StRin Fuchs:.....	52
Bfm. StR Wiechers:	53
Stellv. Referent Eckhardt:	53
Stellv. Referentin Dr. Herrmann:.....	54
StR Lechner:	54
Außerhalb der Tagesordnung	55
StRin Gaßmann:.....	55

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:19 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Vor Eintritt in die Tagesordnung

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung einsteigen, will ich die Gelegenheit nutzen, eine gemeinsame Erklärung vorzutragen, die die Fraktionen von CSU mit FREIE WÄHLER, Die Grünen – Rosa Liste – Volt, SPD, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste heute vorgelegt haben. Es geht um einen Vorfall, der unseren Kollegen Delija Balidemaj betrifft.

Gemeinsame Erklärung des Münchner Stadtrats: Solidarität mit Stadtrat Delija Balidemaj.

Der Münchner Stadtrat verurteilt die jüngsten Angriffe auf unser Mitglied Delija Balidemaj aufs Schärfste. In den vergangenen Wochen wurde er als Stadtrat Opfer einer feigen Serie von fremdenfeindlichen Beleidigungen, physischen Angriffen sowie massiven Bedrohungen, die in sein privates Umfeld und zu seiner Familie reichten.

Wir, die Mitglieder des Münchner Stadtrats, erklären fraktionsübergreifend, Gewalt, Rassismus und Einschüchterung haben in unserer weltoffenen Stadt keinen Platz. Hass ist keine Meinung und darf niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Wer ein Mitglied unseres Gremiums aufgrund seiner Herkunft oder seines Engagements angreift, greift damit unsere gesamte Demokratie und die Werte unserer Stadtgesellschaft an. Zur Aufklärung dieser Taten vertrauen wir auf die Arbeit der Ermittlungsbehörden.

Unsere volle Solidarität gilt Delija Balidemaj und seiner Familie. Wir stehen geschlossen gegen jede Form von politisch oder rassistisch motivierter Gewalt.

– (Beifall) – Danke schön.

**A1: Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Januar bis Dezember 2025
(Ausschüsse und Vollversammlungen)
– § 2 Nr. 24 GeschO –**

Aktensammlung Seite 8601

Beschluss

nach Antrag

**A2: SV Waldperlach e.V.
Stadtbezirk 16 – Ramersdorf-Perlach
1. Neubau eines Kunstrasenplatzes,
Förderung der Baumaßnahme nach den Sportförderrichtlinien der LHM
2. Verlängerung des Erbbaurechtsvertrags für das Grundstück an der Putzbrunner
Straße 253, 81739 München, Flst. 2225/7, Gemarkung Perlach**

Aktensammlung Seite 8603

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, wir würden den Tagesordnungspunkt gerne vertagen – allerdings nicht aus sachlichen Gründen. Ich verstehe nicht, warum solche Vorlagen immer im A-Teil der Vollversammlung sind. Ich hätte gerne eine Begründung, warum diese nicht in den Ausschuss eingebracht werden. Daher fände ich eine Vertagung sinnvoll.

OB Reiter:

Ich schaue in die Richtung des Stadtschulrats. Gibt es einen guten Grund, den Punkt heute in der Vollversammlung zu behandeln? Oder kann man ihn in den nächsten Ausschuss vertagen?

StSchR Kraus:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadtratsmitglieder, einen harten rechtlichen Grund gibt es nicht. Angesichts einer längeren Zitterpartie für den Verein wollten wir Sicherheit und Klarheit schaffen und haben die Beschlussvorlage deshalb direkt in die Vollversammlung gebracht, zumal es sich um eine gewöhnliche Standardangelegenheit handelt.

Der Antrag von ÖDP/München-Liste, den Tagesordnungspunkt in den nächsten Ausschuss zu vertagen, wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Beschluss

nach Antrag

- A3: Bauprogramm zur Realisierung der Bedarfe der Freiwilligen Feuerwehr**
- Grundsatzentscheidung über das Vorgehen
 - Bauprogramm 2026 für die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr München mit einem Gesamtfinanzrahmen von 60 Millionen Euro
- Antrag Nr. 5950 der SPD-Fraktion vom 30.09.2025**

Aktensammlung Seite 8605

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, ich stelle erneut einen Vertagungsantrag. Auch hier gilt: Ich verstehe nicht, warum der Punkt im A-Teil der Vollversammlung behandelt werden muss. Es ist ein sympathisches Thema, das man noch vor der Wahl abräumen möchte. Okay. Ich möchte auch nicht inhaltlich gegen die Vorlage sprechen. Es ist allerdings nicht Usus, dass man ein Thema im A-Teil bringt, wenn keine begründete Dringlichkeit vorliegt.

StRin Hübner:

Gegenrede zum Vertagungsantrag: Es sind drei Referate beteiligt und wir würden das sonst in dieser Amtszeit nicht mehr beschließen können. Uns ist der Punkt aber wichtig. Deshalb bitten wir darum, ihn heute zu behandeln. – (Beifall von SPD, Die Grünen – Rosa Liste – Volt und CSU mit FREIE WÄHLER)

Der Antrag von ÖDP/München-Liste, den Tagesordnungspunkt in den nächsten Ausschuss zu vertagen, wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

– Debatte siehe Seite 35–

A4: Einlegung einer Kommunalverfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der LHM durch das Verbot einer Übernachtungssteuer durch den bay. Landesgesetzgeber (Art. 3 Abs. 3 S. 1 KAG), vorangegangene erfolglose Popularklage beim Bay. Verfassungsgerichtshof

Aktensammlung Seite 8607

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren, wir haben zugestimmt. Warum? Weil wir Rechtsklarheit haben wollen. Wir als AfD sind dagegen, in München weitere Steuern zu erheben – egal von wem. Deswegen sind wir der Meinung, dass, wenn die Sache endgültig entschieden ist, nicht nur für München, sondern auch für alle Umlandgemeinden und ganz Bayern Klarheit herrscht. Die Frage ist, ob sich Günzburg und Bamberg finanziell an unseren Prozesskosten beteiligen würden. Das wäre schön. Danke.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referent*innen zu den Tagesordnungspunkten B8, B12, B13, B15, B17, B18 und B19 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seiten 8621, 8629, 8631, 8635, 8639, 8641 und 8643)

B1: Neuregelung der IT-Ausstattung ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder sowie der Kostenübernahme für ÖPNV-Tickets; Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 8609

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, wir bitten um punktweise Abstimmung. Wir würden gerne bei Ziffer 2 dem ersten Satz, zustimmen: Das ist die Aufhebung der IT-Pauschale. Den zweiten Satz möchten wir ablehnen: Da geht es um die Neustrukturierung mit 500 €, 250 €, 0 €. Denn wir müssen auch bei uns sparen. Wer keine städtischen Geräte nutzt, sollte stattdessen keine Pauschale bekommen.

StR Weisenburger:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag von Die Grünen – Rosa Liste – Volt aus dem IT-Ausschuss vom 25.02.2026 wird gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste – Volt, DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Ziffer 2, 2. Satz des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

**B3: Gewinnung von qualifizierten Anwärter*innen für die Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“;
Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen nach Art. 78 des Bayerischen
Besoldungsgesetzes (BayBesG)**

Aktensammlung Seite

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI)

nach Antrag 8613

**B6: München baut Zukunft – nachhaltiges und effizientes Bauen
für eine lebenswerte Stadt
Antrag Nr. 4902 von ÖDP/München-Liste, Die Grünen – Rosa Liste,
DIE LINKE./Die PARTEI vom 06.06.2024
Antrag Nr. 4761 von Die Grünen – Rosa Liste vom 15.04.2024**

Aktensammlung Seite 8617

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI
und AfD)

nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Erklärung wie im Ausschuss.

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren. Wir haben uns gewundert: Die Vorlage aus dem Baureferat sieht aus, als käme sie aus dem RKU. Ich habe den Eindruck, alles, was zum Klimaschutz gehört, wurde reingefüttert und dann von der KI überarbeitet. Das ist eigentlich ein Ausfluss der Klimaschutzideologie, die uns langsam an den Rand des Zusammenbruchs führt. Deswegen kann man dem nicht zustimmen. Danke.

B9: Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/64

Am Oberwiesenfeld (östlich), Moosacher Straße (nördlich), Lerchenauer Straße (westlich), DB-Nordring (südlich)

– Knorr-Bremse AG –

Endgültiger Beschluss

Stadtbezirk 11 – Milbertshofen-Am Hart

Aktensammlung Seite 8623

Beschluss (gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste und AfD)

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren, es geht hier um die Änderung des Flächennutzungsplans, wir haben auch nichts dagegen, dass in dem Gebiet etwas für Knorr-Bremse passiert. Die 600 Wohneinheiten, die Sie bauen wollen, stellen jedoch eine enorme Nachverdichtung dar, der wir nicht zustimmen. Dadurch wird sich auch der Verkehr verdoppeln. Das geht nicht. Danke.

B10: Nutzungsmischung bei der Schaffung von Gewerbebaurecht;

Auftrag „Gewerbe-SoBoN“

Städtebaulicher Ansatz und städtebauliche Verträge

bei der Schaffung gewerblichen Baurechts

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 8625

Beschluss (Ziffern 1 und 2 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI, die restlichen Ziffern gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD)

nach Antrag

B14: Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport:

Strukturelle Verankerung, Maßnahmen und Perspektiven

Aktensammlung Seite 8633

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD)

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren. Unter Demokratiebildung verstehen wir etwas völlig anderes. – (Heiterkeit) – Nämlich die Vermittlung demokratischer Prinzipien, die Sie mit Ihren Kommentaren immer mit Füßen treten.

Was Sie hier gemacht haben, schadet den Frauen, die ein traditionelles, konservatives Familienbild haben. Das wollen Sie nicht akzeptieren. Sie erlauben ihnen nicht, sich entsprechend zu positionieren. Diese Frauen werden abgestempelt. Deswegen lehnen wir diese Vorlage ab. Danke.

**B16: Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs it@M
(Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München)**

Aktensammlung Seite 8637

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD)

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren. Auch hier ist die Betriebssatzung Opfer der Genderideologie geworden. – (Heiterkeit) – Sie haben wieder in einen juristischen Text Sternchen eingefügt. Das ist völlig unnötig. Danke.

B22: Grundsatzbeschluss über die Veränderung der Zuständigkeit der Verkehrsüberwachung in den Parklizenzengebieten

Aktensammlung Seite 8645

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Erklärung wie im Ausschuss.

**C1: Befassung des Stadtrats mit der Aufsichtsrats­tätigkeit des Oberbürgermeisters beim FC Bayern München – Kein Interessenskonflikt durch Aufsichtsratsposten
Dringlichkeitsantrag Nr. 6467 von DIE LINKE./Die PARTEI
für die Vollversammlung am 04.03.2026**

Aktensammlung Seite 8647

OB Reiter:

Ich lese Ihnen die Stellungnahme der Rechtsabteilung vor:

„Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist nach Auffassung der Rechtsabteilung nicht objektiv dringlich. Nach der Rechtsprechung ist eine Angelegenheit dann objektiv dringlich, wenn mit ihrer Behandlung nicht mehr bis zur nächsten ordentlichen Sitzung des Gemeinderats gewartet werden kann, ohne dass dadurch ein wesentlicher Nachteil für die Gemeinde oder einen Dritten entstünde.

Der Oberbürgermeister hat die Verwaltung bereits beauftragt, die Sach- und Rechtslage im Zusammenhang mit seinem Nachrücken in den Aufsichtsrat der FC Bayern München AG umfänglich zu klären. Hierfür sind noch Informationen u. a. bei der AG einzuholen. Der Stadtrat soll über das Ergebnis informiert und mit allen vom Stadtrat zu beschließenden Themen rechtzeitig vor der nächsten Aufsichtsratssitzung, die im Mai stattfindet, befasst werden. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Eine eilige Beschlussfassung noch in der Vollversammlung am 04.03.2026 ist vor diesem Hintergrund nicht geboten. Über die Zuerkennung der Dringlichkeit wird nach Anhörung je einer Rednerin bzw. je eines Redners für und gegen die Dringlichkeit abgestimmt (§ 60 Abs. 9 GeschO).

Es wird darauf hingewiesen, dass der Oberbürgermeister bei der Beschlussfassung als persönlich beteiligt i. S. d. Art. 49 GO anzusehen ist.“

Alles, was Sie geschrieben haben, habe ich veranlasst. Entweder am 25.03. oder am 29.04. – je nachdem, wann wir fertig sind – werden alle Inhalte in der Beschlussvorlage stehen. Danach können Sie sich über Höhen und Tiefen von Vergütungen oder über irgendwelche planbaren oder

erwartbaren Schwierigkeiten bei Abstimmungen ereifern. Wir werden alles fein säuberlich aufbereiten. Danach können Sie entscheiden, wie Sie damit umgehen wollen. Ich glaube, heute wäre es der falsche Weg, weil wir nicht einmal die Hälfte der Unterlagen haben. Ich könnte Ihnen heute noch nicht sagen, ob bzw. in welcher Höhe es überhaupt eine Aufsichtsratsvergütung beim FC Bayern gibt. Wider Erwarten war das nicht meine erste Frage. Ich war erst einmal sehr froh und auch ein bisschen stolz – was ich nicht oft bin –, beim größten Sportverein der Welt einen solchen Posten angetragen zu bekommen. Der FC Bayern ist ein Aushängeschild der Stadt München, das über die Welt strahlt. Es ist nicht ungewöhnlich, sich darüber zu freuen. Alles andere werden wir natürlich juristisch prüfen und Ihnen, soweit Sie zuständig sind, zur Entscheidung vorlegen. Da sehen Sie mich tiefenentspannt.

Auch wenn manche Bemerkungen und Kommentare einen eher inquisitorischen Charakter hatten, sehen Sie mich immer noch ziemlich entspannt. Ich glaube, man kann alles lösen, wenn man in Bezug auf juristische Dinge mit Fakten arbeitet und nicht mit Halb- oder Viertelwissen. Ich verlasse mich dabei auf meine Volljuristen. Sie werden Ihnen eine Vorlage basteln, über die wir lang und breit diskutieren können.

Es wäre im Übrigen sinnvoll, abzuwarten, ob nicht einer von Ihnen Oberbürgermeister wird. Dann würde dieses ganze Brimborium in sich zusammenfallen. Das könnte sein. Es gibt ein paar Bewerber, die gerne Oberbürgermeister wären. Drei sehe ich schon auf Anhieb. Devot und demokratisch, wie ich bin, vertrete ich natürlich die Meinung, so etwas kann man erst entscheiden, wenn man weiß, wer der nächste Oberbürgermeister ist. Auch wenn ich nicht mehr Oberbürgermeister bin, bleibe ich Mitglied im Aufsichtsrat des FC Bayern, weil diese Funktion nicht an mein Mandat gebunden ist. Das steht fest. Lassen Sie uns doch warten, wen es trifft und ob der FC Bayern mit demjenigen oder derjenigen zusammenarbeiten möchte. Ob der Fachverstand in Sachen Fußball und in Sachen Finanzen ausgeprägt genug ist, kann der FC Bayern dann in aller Ruhe entscheiden.

Ich halte diesen Schnellschuss für völlig illusorisch. Es macht keinen Sinn, das Thema heute zu diskutieren. Ich könnte Ihnen nämlich nicht mehr sagen, als ich es gerade getan habe. Mehr gibt es nicht. Wir sammeln gerade und machen eine schöne Aufstellung zu all den Mandaten. Ihrem Wunsch haben wir meines Erachtens inhaltlich voll entsprochen. Er lautete, den Stadtrat zu befragen und zu informieren. Ich habe volles Verständnis für diesen Transparenzbedarf und werde ihn auch nicht verhindern. Ich muss die Informationen nur erst anständig aufbereiten. – (StR Jagel: Heißt das, wir behandeln den Antrag jetzt?) – Nein, das war meine Gegenrede zur Dringlichkeit. –

(StR Ruff: Dürfen Sie aufgrund persönlicher Betroffenheit überhaupt eine Gegenrede halten?) – Das darf ich. Sie können es aber wieder rechtlich überprüfen lassen. Fragen Sie doch wieder Ihre Rechtskundigen oder schreiben Sie irgendwo ab. Das ist mir wurscht. Ich habe Ihnen den Sachverhalt erklärt. – (StR Ruff: Ja, aber das hätten Sie von hier aus machen müssen, und ich glaube, nicht als Oberbürgermeister!) – Danke, Herr Ruff. Befassen Sie sich ruhig weiter mit diesen Themen. Ich habe Ihnen jetzt gesagt, was ich dazu zu sagen habe.

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Nach Art. 81 Abs. 2 muss die Nebentätigkeit durch den Stadtrat genehmigt werden. Sie haben gerade gesagt, dass Sie bereits Mitglied des Aufsichtsrats sind. Das ist insofern ein Problem, weil die Befassung vorher stattfinden müsste. Deswegen hätte ich bitte gerne, dass Sie die Sach- und Rechtslage und die beamtenrechtlichen Folgen erklären.

OB Reiter:

Das bekommen Sie gerne erklärt, wenn diejenigen, die es erklären können, auch etwas dazu sagen können. Feststeht, ich bin derzeit nicht im Handelsregister eingetragen. Ich habe an der Sitzung im Februar gegebenenfalls als Gast teilnehmen dürfen. Genau diesen Sachverhalt werden wir aufgreifen, und nichts anderes ist passiert. Es ist für diese erste Sitzung auch keine Vergütung geflossen. Insoweit sehen Sie mich entspannt.

Sie können verhindern, dass ich in Zukunft dahin gehe. Das gilt jedenfalls für eine kurze Zeit, bis ich sage, dass ich vielleicht keine Einkünfte haben werde. Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es aber nicht mehr zu sagen.

StR Jagel:

Sehr geehrter Oberbürgermeister, leider stimmt das nicht. Mir liegt der Handelsregisterauszug vor. Sie sind bereits eingetragen. – (Zwischenrufe – Unruhe – vereinzelt Beifall) – Wir können ihn gerne verteilen. – (OB Reiter: Das ist skandalös. Dann hat mir der FC Bayern gestern etwas Falsches gesagt. – Zwischenrufe) – Vielleicht ist es besser, die disziplinarrechtlichen Folgen in nichtöffentlicher Sitzung zu besprechen.

OB Reiter:

Ich bleibe dabei. Ich möchte Folgen immer anhand der gesamten Rechtssituation besprechen. Dazu brauchen wir eine Vorlage, die erst aufbereitet wird.

Selbstverständlich werden wir dabei auch auf dieses Blatt Papier eingehen. Das ist allerdings nicht der Eintrag ins Handelsregister, sondern die Liste des Aufsichtsrats. – (Zwischenrufe) – Ja, aber das liegt nicht beim Amtsgericht. – (StR Jagel: Aber Sie sind eingetragen! – StR Prof. Dr. Hoffmann: Nein!) – Es liegt aber nicht beim Amtsgericht.

Schauen Sie, ich streite doch gar nicht mit Ihnen. Wir werden das von ausgebildeten Menschen juristisch aufbereiten lassen. Anschließend werden Sie sich dazu äußern können. Fertig, aus!

– (StR Ruff: Wir sind übrigens mitten in der Behandlung!) – Nein, wir reden noch über die Dringlichkeit oder Nicht-Dringlichkeit. Es werden immer wieder neue Gesichtspunkte hervorgebracht, warum das dringlich sein sollte. Wir können aber auch abrechnen und über die Dringlichkeit abstimmen. Mir ist das egal. Ich wollte nur ein paar ergänzende Sätze sagen, die vielleicht ein bisschen aufhellend gewesen wären. Wenn Sie daran nicht interessiert sind, stimmen wir einfach über die Dringlichkeit ab.

– OB Reiter nimmt an der Abstimmung nicht teil. –

Dem Antrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste – Volt, DIE LINKE./Die PARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD **nicht zuerkannt**.

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben, warum wir nicht für die Dringlichkeit gestimmt haben. Abgesehen von den Aussagen, die in den Medien kolportiert wurden, wissen wir zum momentanen Stand so gut wie gar nichts. Wir wissen nicht, ob bzw. in welcher Höhe dieses Aufsichtsratsmandat vergütet wird und wie die juristische Bewertung des Interessenkonflikts ausfällt. Das ist der zweite Punkt, der Voraussetzung für eine Befassung des Stadtrats mit einer Nebentätigkeit wäre.

Dazu gibt es Mutmaßungen und sicher auch persönliche Haltungen. Bei einer Entscheidung dieser Tragweite, die Konsequenzen hat, wenn dabei Fehler gemacht worden sind, sehen wir als CSU mit FREIE WÄHLER-Stadtratsfraktion es als unsere Verantwortung an, auf Basis von Fakten zu urteilen. Diese Fakten liegen uns nicht vor.

Eine Entscheidung wäre in der Kürze der Zeit auch sehr schwierig, weil es sich um eine relativ komplexe Rechtslage handelt. Ich weiß nicht, ob man überhaupt alles aus dem Aufsichtsrat erzählen darf, aber das wird sicher bis zur nächsten Vollversammlung geklärt. Anschließend werden wir uns auf der Basis von Fakten eine Meinung bilden.

Wir haben gehört, dass bis zur nächsten Vollversammlung keine weitere Aufsichtsratssitzung ansteht. Das heißt, selbst wenn man einen Interessenkonflikt bejahen würde, könnte dieser bis zur nächsten Vollversammlung nicht auftreten. Außerdem ist bisher kein Geld geflossen und uns liegt keine Information zur Vergütung vor.

Das ist unsere Haltung. Natürlich hätte man vier Tage vor der Wahl ein großes Bohei machen können, in der Hoffnung, dass der eine oder der andere vielleicht davon profitiert. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit. Jeder, der mich und meine Reden vor dem Münchner Stadtrat kennt, weiß, dass ich durchaus austeilen und polemisch sein kann. Wir müssen uns aber schon überlegen, dass es am nächsten Montag einen neuen Stadtrat in einer neuen Zusammensetzung gibt. Ich glaube persönlich, dass eine Auseinandersetzung aufgrund von Mutmaßungen und Spekulationen höchstens Parteien nützt, die wir alle nicht in stärkerer Fraktion hier haben wollen. Deswegen haben wir diese Entscheidung getroffen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD) – Vielen Dank.

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Manuel, vielen Dank. Wir können uns dieser Erklärung vollumfänglich anschließen. Ich möchte es noch einmal betonen: Das Thema ein paar Tage vor der Wahl auszunutzen, halte ich für unseriös. Wir brauchen Fakten. Dass die Ernennung noch vor der Wahl nicht schlau war, sei dahingestellt. – (Zwischenrufe)

Ja, es gibt schöne Schlagzeilen. Aber, liebe Freunde, nicht alles, was in der Zeitung steht, ist immer richtig. Vor allem wegen der Inhalte in den sozialen Medien kriegt man manchmal wirklich die Krise. Genau aus diesem Grund bitte ich um eine seriöse Aufklärung bis zum nächsten Plenum. Es nützt uns allen und der Demokratie nichts, wenn wir mit Schaum vor dem Mund argumentieren und mit Fingern auf andere zeigen. Darum haben wir der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Wir erwarten bis zum nächsten Plenum eine Vorlage, die über alles aufklärt.

Lieber Stefan Jagel, eine Unterschriftenliste einer Aufsichtsratssitzung vorzulegen und zu sagen, das wäre ein Auszug aus dem Handelsregister, ist falsch und eine Täuschung. Das geht so nicht!
– (Beifall von FDP BAYERNPARTEI, CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, wir sind ebenfalls absolut überzeugt, dass der Oberbürgermeister dem Stadtrat entweder in der nächsten oder übernächsten Vollversammlung, auf jeden Fall in dieser Amtszeit, alle wesentlichen Informationen vorlegen wird und wir dann faktenbasiert entscheiden können.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Stadtratsfraktionen CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI bedanken, dass sie die Faktenlage sowie die Solidarität mit dem Oberbürgermeister und dem Gremium insgesamt vor einen parteipolitischen Gewinn stellen.

Ganz herzlichen Dank! – (Beifall der SPD)

OB Reiter:

Wir werden eine schöne Vorlage basteln, und dann bin ich sehr gespannt, wie Sie dezidiert mit Ihnen... – (StR Reissl: Ich finde, „basteln“ hat eine schräge Konnotation!) – Ehrlich? Sieht das noch jemand so? – (Zwischenruf von StR Lechner) – Herr Lechner, war das ein Scherz? Sie entpuppen sich auf Ihre alten Tage noch als Spaßvogel!

Wir erstellen eine Vorlage.

– TOP C4 wird vorgezogen. –

**C4: Auskunft über Art, Umfang und Vergütung der Nebentätigkeit des Oberbürgermeisters im Aufsichtsrat der FC Bayern AG
Dringlichkeitsantrag Nr. 6479 von ÖDP/München-Liste
für die Vollversammlung am 04.03.2026**

Aktensammlung Seite 8653

OB Reiter:

Ich ziehe den Dringlichkeitsantrag vor, der sich ebenfalls auf das wahnsinnig wichtige Aufsichtsratsmandat bezieht.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Vordergründig geht es zwar um die Aufnahme eines Aufsichtsratsmandats. Es gibt hier aber viele Aufsichtsratsmandate. Im Wesentlichen stellt sich die Frage, ob der Stadtrat als Gremium missachtet wurde, ob Sie eine Genehmigung der Nebentätigkeit einholen müssen und wann Sie das machen: zeitnah, im Vorfeld, überhaupt nicht oder nur auf Druck hin. Es geht auch darum, ob Sie auf Zeit spielen.

Sie haben an einer Aufsichtsratssitzung teilgenommen, und die nächste findet nicht so schnell statt. Ich betrachte die Ausübung meines Mandats als eine Aufgabe, die sich auch auf Zeiträume zwischen den Sitzungen erstreckt. Ich gehe von Folgendem aus: Wenn Sie ein Aufsichtsratsmandat haben, gehen Sie nicht unvorbereitet in Sitzungen, sondern das Mandat erstreckt sich auch auf den Zwischenraum. Insofern steht die Frage im Raum: Üben Sie diese Tätigkeit zum jetzigen Zeitpunkt aus? Dann brauchen Sie jetzt eine Genehmigung und müssen jetzt die Fragen beantworten, zu denen Sie Ausführungen machen können.

Das betrifft z. B. die Vergütung. Sie hätten tagelang Zeit gehabt, mit dem FC Bayern darüber zu reden und sich meinetwegen drei Zeilen schreiben zu lassen, wie hoch die Vergütung ist, ob es überhaupt eine gibt oder ob die Tätigkeit ehrenamtlich ist. Sie hätten die Gelegenheit gehabt, dieses Thema vom Tisch zu räumen und dem Stadtrat die gebotene Demut zu zollen. Sie hätten ihn ernstnehmen und ihm klarmachen können, dass Sie nicht gegen Recht verstoßen, indem Sie eine gegebenenfalls genehmigungspflichtige Nebentätigkeit annehmen.

Sie hätten dies längst aus dem Weg räumen können, machen es aber nicht, sondern spielen auf Zeit. Sie sitzen hier vorne und machen einen auf ganz locker. Das nimmt Ihnen inzwischen keiner mehr ab! Aus diesem Grund halten wir an der Dringlichkeit des Antrags fest. Wir sind der Meinung, Sie selbst könnten heute hier im Raum einen Großteil der Fragen beantworten. Als dieser Auszug – was es auch immer ist – vorgelegt wurde, haben Sie zwischendrin auch auf dem Handy herumgetippt. Ich gehe davon aus, dass Sie in reger Korrespondenz mit den Verantwortlichen beim FC Bayern stehen und die Auskünfte wahrscheinlich binnen einer halben Stunde erteilen könnten, wenn Sie wollten. Das müsste nicht auf eine Sitzung am Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Daher halten wir an der Dringlichkeit fest und wollen, dass dieser Fragenkatalog so schnell wie möglich beantwortet wird. Wir gehen davon aus, dass Sie diese Nebentätigkeit bereits ausüben.

OB Reiter:

Ich spreche mich wieder gegen die Dringlichkeit aus. Es ist schön, was Sie alles von mir erwarten und was Sie alles glauben. Herr Ruff denkt, wenn er dringenden Informationsbedarf hat, wird der FC Bayern einen Sonderchat einsetzen und alles tun, damit er diese Informationen erhält. Das wird er nicht tun.

Wir werden vorgehen wie immer, seit Jahrzehnten. Wir werden Sachverhalte zusammenfassen, sie juristisch würdigen und dann einen Vorschlag machen. Dem können Sie zustimmen oder nicht. Das wird übrigens noch dieser Stadtrat machen und nicht der nächste. Insoweit ist es gar keine Frage der Zusammensetzung oder, wie angeklungen ist, der künftigen Zusammenarbeit. Es handelt sich immer noch um diesen Stadtrat. Das sind alles Ausschnitte, die ich gerade im Sammelsurium von Versuchen, einen Skandal zu erzeugen, gehört habe.

Klar ist jedenfalls: Sie werden diese Auskünfte bekommen und können dann selbst entscheiden, wie Sie mit dem FC Bayern umgehen. Ich werde diese Vorlage auf jeden Fall direkt in die öffentliche Sitzung einbringen, damit niemand von Ihnen sich die Mühe machen muss, sie den Medien durchzustechen. Das ist dann im Livestream zu sehen. Die Damen und Herren des Vereins und die Mitglieder des Aufsichtsrats können sich diese denkwürdige Sitzung direkt reinziehen. Es sind nur ein paar kleine, unwesentliche Unternehmen im Aufsichtsrat vertreten. Sie freuen sich sicher über die Behandlung im Münchner Stadtrat.

– OB Reiter nimmt an der Abstimmung nicht teil. –

Dem Antrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste – Volt, DIE LINKE./Die PARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD **nicht zuerkannt**.

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Ich verweise auf die Erklärung von vorhin.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, meine Erklärung bezieht sich auf einen Verweis des Kollegen Pretzl. Er hat gesagt, wir führen eine Debatte, die nur einer Partei nutzt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Parteien, die nach der Wahl wieder zusammenarbeiten müssen, weil sie sich als Demokraten verstehen, müssen zur Aufklärung beitragen. Wenn die demokratischen Parteien das nicht tun, nützt es dieser einen Partei.

OB Reiter:

Wir müssen aber nicht mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten – nur, um das klarzustellen. Wir werden schon Unterschiede haben, die eine Zusammenarbeit nicht möglich machen. Davon gehe ich fest aus. Insoweit wird sich diese Zusammenarbeit auf andere Teile beschränken.

C2: Tempo 30 auf der Landshuter Allee

**Dringlichkeitsantrag Nr. 6472 von FDP BAYERNPARTEI für die Vollversammlung
am 04.03.2026**

Aktensammlung Seite 8649

OB Reiter:

Ich lese vor:

„Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist nach Auffassung der Rechtsabteilung nicht objektiv dringlich.

Nach der Rechtsprechung ist eine Angelegenheit dann objektiv dringlich, wenn mit ihrer Behandlung nicht mehr bis zur nächsten ordentlichen Sitzung des Gemeinderats gewartet werden kann, ohne dass dadurch ein wesentlicher Nachteil für die Gemeinde oder einen Dritten entstünde.

Der Antrag ist auf Berichterstattung gerichtet. Anträge auf Berichterstattung können aber nicht objektiv dringlich sein, da sie für sich nicht dazu geeignet sind, Nachteile abzuwenden.

Dem Stadtrat wird empfohlen, die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen.“

StR Roth:

Sehr geehrter Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind der Auffassung, dass die Behandlung dringlich ist und keinen Aufschub duldet.

Insbesondere in den ersten drei Punkten geht es um Aufklärung, die man dem Stadtrat bieten kann. Der Stadtrat ist zuständig. Wenn wir eine Anzahl von 110 000 bis 140 000 Fahrzeugen pro Tag in dem infrage stehenden Verkehrsabschnitt zugrunde legen, sind mindestens 10 % der Münchner Bevölkerung täglich betroffen. Daher ist ein erhebliches öffentliches Interesse gegeben. Das Vertrauen in die juristischen Fähigkeiten der Verwaltung ist stark ramponiert – auch durch die Berichterstattung. Der Dringlichkeitsantrag bietet die Möglichkeit, den entstandenen Schaden zeitnah zu korrigieren.

Ich nehme dem Oberbürgermeister seine Frustration und Enttäuschung ab. Sie ist absolut authentisch. Das ist gar keine Frage. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass der Oberbürgermeister von seiner Verwaltung, insbesondere von der Rechtsabteilung, im Regen stehen gelassen wird. Das betrifft die ersten drei Punkte.

Der vierte Punkt im Dringlichkeitsantrag bezieht sich auf das Benehmen des zweiten Bürgermeisters. Es kann nicht sein, dass Maßnahmen des Oberbürgermeisters wie folgt bewertet werden:

„Der Versuch, durch die Tempo-50-Anordnung einen schnellen Wahlkampfesfolg erzielen zu wollen, ist krachend gescheitert.“

So stand es im *Münchner Merkur* und in der *tz*. Das ist, mit Verlaub, eine grobe Illoyalität. Deshalb stellt sich die Frage, welche Zustände in der Leitung des Rathauses bestehen. Auch hier bietet der Dringlichkeitsantrag die Möglichkeit, schnell Klarheit zu schaffen und Schaden abzuwenden. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD **nicht zuerkannt**.

OB Reiter:

Auch wenn wir den Antrag heute nicht behandeln, besteht der Wunsch an die Verwaltung, die aufgeworfenen Fragen zeitnah zu behandeln. Die Verwaltung hat die klare Aufgabe, die gestellten Fragen innerhalb von zwei Wochen zu beantworten. Ich gehe davon aus, dass wir nicht auf den nächsten Ausschuss warten müssen, sondern die Angelegenheit auch per Brief erledigen können. Der klare Auftrag an die Verwaltung lautet, innerhalb von zwei Wochen zu antworten. Herr Dunkel, bitte schreiben Sie innerhalb von 14 Tagen an alle Stadtratsmitglieder!

Erklärung zur Abstimmung:

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir halten es für geboten, schnell Transparenz herzustellen. Angesichts der Hektik beim Auf- und Abbau der Schilder und der Dringlichkeit, die

dabei an den Tag gelegt wurde, wäre eine Debatte angebracht. Ich erkläre aber, dass wir eine andere Stoßrichtung haben als die FDP. Ich hätte den zweiten Bürgermeister nicht dafür angegriffen, dass er eine Meinung kundtut. Da stehen wir auf der anderen Seite, und das wollte ich zum Ausdruck bringen.

C3: Keine Kürzungen bei den Integrationskursen!
Dringlichkeitsantrag Nr. 6477 von DIE LINKE./Die PARTEI
für die Vollversammlung am 04.03.2026

Aktensammlung Seite 8651

OB Reiter:

Ich lese die Haltung meiner Rechtsabteilung vor:

„Mit dem oben genannten Dringlichkeitsantrag wird gefordert, dass sich der Stadtrat gegen die geplanten Kürzungen der Fördermittel des BAMF für Integrationskurse ausspricht. Nach der Rechtsprechung ist eine Angelegenheit dann objektiv dringlich, wenn mit ihrer Behandlung nicht mehr bis zur nächsten ordentlichen Stadtratssitzung gewartet werden kann, ohne dass dadurch wesentliche Nachteile für die Stadt oder Dritte entstehen. Vorliegend soll der Stadtrat seine ablehnende Haltung zu den Kürzungen bei den Integrationskursen kundtun. Die ablehnende Haltung der Stadt zu der beschriebenen Maßnahme wurde bereits durch die Stadtspitze kundgetan, vgl. den verlinkten Artikel in der Rathaus Umschau vom 16.02.26. Die geforderte Meinungskundgabe durch den Stadtrat ist damit nicht zeitlich eilbedürftig. Zudem erscheint fraglich, ob eine bloße Meinungskundgabe geeignet ist, die durch die Kürzungen seit 01.12.25 entstehenden Nachteile abzuwehren. Es besteht jedenfalls keine rechtliche Verpflichtung, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.“

Verena, Du hast Dich in dem genannten Artikel in der *Rathaus Umschau* geäußert. Vielleicht magst du noch einmal erklären, was du da gesagt hast, damit wir Licht ins Dunkel bringen.

BMin Dietl:

Das BAMF hat uns am 09.02.2026 völlig überraschend darüber informiert, bis auf Weiteres keine Zulassungen von Integrationskursen nach § 44 mehr zuzulassen. Dadurch wird einer bestimmten Personengruppe die Förderung des Integrationskurses gestrichen. Bei der MVHS macht diese Personengruppe 40 % der Teilnehmer*innen aus. Ich habe umgehend einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, dass diese Kürzung für uns als Kommune und für die MVHS als größten Integrationskursträger nicht hinnehmbar ist. Die MVHS hat am gleichen Tag eine eigene Pressemitteilung dazu herausgegeben. Im Namen der Stadtspitze habe ich mich an Bundesinnenminister

Dobrindt gewandt und eine unverzügliche Aufhebung der Einschränkungen und die Sicherstellung einer am Bedarf orientierten, verlässlichen Finanzierung gefordert. Die Kommunen dürfen nicht zusätzlich belastet werden, und die Kursträger brauchen Planungssicherheit.

Damit ist die im Dringlichkeitsantrag formulierte Forderung bereits auf den Weg gebracht. Ich plädiere dafür, dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen, weil die Stadtspitze bereits gehandelt hat.

StR Lechner:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Brief der Bürgermeisterin haben wir in unserem Antrag zitiert. Insofern finde ich es seltsam, ihn als Argument gegen die Dringlichkeit anzuführen. Danke schön, Frau Bürgermeisterin, dass Sie so schnell reagiert haben!

Es handelt sich um eine einschneidende Maßnahme. Der Beschluss von Innenminister Dobrindt, bei den Integrationskursen zu kürzen, gilt rückwirkend zum 01.12.25 und hat unmittelbar massive Auswirkungen. Integrationskurse finden erst ab etwa 12 Teilnehmenden statt. Wenn aufgrund der Kürzungen 40 % der Teilnehmenden wegfallen und die Kurse deshalb nicht stattfinden, sind auch die Kursteilnehmer*innen betroffen, die weiterhin eine Förderung erhalten. Die Kürzungen lösen sehr schnell einen Dominoeffekt aus.

Ich bezweifle, dass unserem Antrag durch die Stellungnahme der Bürgermeisterin entsprochen wird, denn an Innenminister Dobrindt perlt Kritik genauso ab wie an unserem Oberbürgermeister. Deswegen braucht es mehr Druck – und der Druck formiert sich. Es gibt eine Stellungnahme des Deutschen Städtetags. Dieses Gremium zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass konsensual, über Parteigrenzen hinweg versucht wird, Lösungen zu finden. Mit Stellungnahmen der beteiligten Kommunen kann der Druck noch erhöht werden. Das wollten wir mit unserem Änderungsantrag erreichen.

Es besteht Einigkeit, dass wir die Integrationskurse brauchen. Da gibt es keine Diskussion. Die Frage ist, was wir tun sollen, um sie wiederzubekommen bzw. um den entstandenen Schaden zu begrenzen. Dazu braucht es mehr Druck. Es braucht Stellungnahmen, z. B. die des Stadtrats einer der reichsten Kommunen Deutschlands. Das müsste dann von anderen Kommunen aufgegriffen werden. Nur so gibt es eine Chance, die Entwicklung zurückzudrehen. Deshalb bestehen wir auf der Dringlichkeit.

BMin Dietl:

Kollege Lechner hat behauptet, der Beschluss von Innenminister Dobrindt gelte auch rückwirkend. Dem muss ich widersprechen. Die bereits zugelassenen Kurse behalten ihre Gültigkeit und werden durchgeführt. Es geht nur um den Personenkreis, der in Zukunft eingeschränkt wird. Dies betrifft ca. 40 % der Kursteilnehmer*innen.

Mehr Druck als durch einen öffentlichen Brief der Stadtspitze an den zuständigen Bundesminister kann man nicht aufbauen. Aber danke schön, dass wir auch die Solidarität des Münchner Stadtrats haben. Nichtsdestotrotz sind die Forderungen des Änderungsantrags bereits auf den Weg gebracht. – (Beifall)

Die Dringlichkeit des Antrags Nr. 6477 von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden sowie von Die Grünen – Rosa Liste – Volt und ÖDP **nicht zuerkannt**.

OB Reiter:

Es herrscht Einigkeit darüber, dass wir die Kürzungen bei den Integrationskursen politisch ablehnen. Nur schätze ich die Durchschlagskraft des Deutschen Städtetags als überschaubar ein. Mittlerweile gibt es ein anderes Gremium, das sich zusammengefunden hat und mit ähnlichen Problemen kämpft: die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Hauptstädte aller 13 Flächenländer. In diesem Kreis ließe sich ein weiterer Brief aufsetzen, der gegebenenfalls mehr Durchschlagskraft erzielt. Ich sage nichts gegen den Deutschen Städtetag, aber der Einfluss ist größer, wenn sich die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aller deutschen Hauptstädte an den Kanzler wenden. Das haben wir in den letzten Tagen erleben dürfen.

Wir müssen uns für dieses wichtige Thema geeignete Instrumente überlegen. Das gilt auch für die geschätzten Damen und Herren auf der Referentenbank. Ich würde mir von meiner Sozialverwaltung einen Vorschlag wünschen. Es ist gut, dass die Bürgermeisterin an den zuständigen Bundesminister geschrieben hat, aber manchmal muss man mit Nachdruck an einer Sache dranbleiben. Die Ideen, wie wir wirkungsvoll dafür kämpfen können, dass die Kürzungen bei den Integrationskursen zurückgenommen werden, müssen nicht zwangsläufig aus dem Stadtrat kommen. – (StR Prof. Dr. Hoffmann: Vielleicht reden Sie mit Herrn Klingbeil.) – Nein, der sagt mir wieder, er hat kein Geld, und schickt mich zum zuständigen Fachminister. Aber im Ernst: Wir werden den

Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister jetzt öfter mal behelligen, denn die Integrationskurse sind nur ein kleiner Teil dessen, was uns derzeit im Bereich der Kommunalfinanzierung gekürzt wird.

**C5: Sozialen Zusammenhalt stärken, Spracherwerb ermöglichen, Integrationskurse retten!
Dringlichkeitsantrag Nr. 6482 von Die Grünen – Rosa Liste – Volt
für die Vollversammlung am 04.03.2026**

Aktensammlung Seite 8655

OB Reiter:

Meine Rechtsabteilung hat zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag dieselbe Haltung wie zum eben behandelten Antrag Nr. 6477 von DIE LINKE./Die PARTEI.

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die dritte Bürgermeisterin hat es schon gesagt: Die Entscheidung, die BAMF-Mittel so radikal zu kürzen, kam aus dem Nichts. Danke für die schnelle Äußerung und das Intervenieren!

Unser Antrag ist ein bisschen ausführlicher als der von DIE LINKE./Die PARTEI und befasst sich nicht nur mit einer schnellen Reaktion, sondern vor allem mit den Auswirkungen der Kürzungen. Diese betreffen die MVHS, aber auch das Gesundheitsreferat und den Pflegebereich sowie das Sozialreferat und viele kleinere Träger. Allein bei der MVHS geht es um über 250 Kurse. Bei der MVHS entfällt der größte Teil der Ausgaben auf das Personal, nämlich über 70 %. Im Moment spricht die MVHS davon, dass ca. 50 Mitarbeitende von den Kürzungen betroffen sind. Das ist enorm!

Uns ist völlig klar, dass es eine ausführliche Vorlage geben muss, die die Auswirkungen analysiert. Nichtsdestotrotz sehen wir eine Dringlichkeit gegeben und wünschen uns, dass das Betreuungsreferat ein paar Worte zu den Auswirkungen sagt. Vielen Dank! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste – Volt)

Die Dringlichkeit des Antrags Nr. 6482 von Die Grünen – Rosa Liste – Volt
wird mehrheitlich **zuerkannt**.

A3: Bauprogramm zur Realisierung der Bedarfe der Freiwilligen Feuerwehr

– Grundsatzentscheidung über das Vorgehen

– Bauprogramm 2026 für die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr München
mit einem Gesamtfinanzrahmen von 60 Mio. €

Antrag Nr. 5950 der SPD vom 30.09.2025

Aktensammlung Seite 8605

StRin Odell:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen haben wir beim Feuerwehrempfang sowohl unsere Berufs- als auch unsere Freiwillige Feuerwehr mit warmen Worten gefeiert. Es freut uns, dass wir mit dieser Beschlussvorlage den Worten Taten folgen lassen. Dies verbinden wir mit großem Dank an unsere Feuerwehr in München, die einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Münchnerinnen und Münchner leistet.

Die Vorlage zeigt, dass das Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr wächst. Menschen erklären sich bereit, diese Aufgabe für unsere Stadt zu übernehmen – und das in einer Zeit, in der das ehrenamtliche Engagement generell nicht zunimmt, sondern eher unattraktiver wird. Umso schöner ist es, wenn wir jetzt die Gerätehäuser für unsere Freiwillige Feuerwehr sanieren. Sie sind in die Jahre gekommen und müssen dringend ertüchtigt werden.

Es ist ein sehr guter Gedanke, das Schulbauprogramm als Best Practice heranzuziehen und auf die Feuerwehr zu übertragen. Das Schulbauprogramm ist eine Erfolgsgeschichte, die zeigt, wie ein dauerhaftes Bauprogramm etabliert werden kann. Dies knüpft auch an das Standardbauprogramm an, das wir bereits beschlossen haben.

Wir tragen die Vorlage mit und freuen uns, wenn die 60 Mio. € der ersten Charge möglichst schnell verplant werden. Es geht um Themen wie Arbeitssicherheit, geschlechtergetrennte Umkleiden und persönliche Schutzausrüstung, damit unsere Freiwillige Feuerwehr weiterhin an der Seite der Berufsfeuerwehr stehen kann. Gemeinsam machen sie unseren abwehrenden Brand- und Katastrophenschutz aus. Für einen reibungslosen Ablauf spielt die Infrastruktur eine große Rolle.

Wir sind froh, dass wir die Vorlage heute beschließen können. Vielen Dank an alle, die das Bauprogramm umsetzen, und an diejenigen, die unsere Stadt sicher machen, indem sie Tag und Nacht wachen und im Zweifelsfall ausrücken.

StR Luther:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, schönen guten Morgen! Liebe Lena, Du hast recht: Das Ehrenamt wächst – bei der Feuerwehr aber nicht erst seit Kurzem, sondern schon sehr lange.

Das Thema ist nicht neu. Schon 2013 wurde im Stadtrat darüber gesprochen, dass die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr saniert und den Bedarfen der Zukunft gerecht werden müssen. Seitdem ist wenig passiert. Deswegen begrüßen wir es, dass der Oberbürgermeister angeboten hat, Geld zur Verfügung zu stellen. Herzlichen Dank dafür! Danke auch an die Kolleginnen und Kollegen, die die Vorlage mitbeschließen und das Geld damit freigeben.

Michael Schmid hat einen großen Anteil an der Vorlage. Du hast unzählige Stunden damit verbracht, an der Vorlage zu arbeiten und Inhalte mit diversen Referaten und leitenden Beamten abzustimmen. Du hast dieses zukunftsweisende Programm geschrieben. Wir sind uns alle einig: Das ist Dir gut gelungen.

Der Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD zielt darauf ab, den Antrag der Referenten zu verfeinern. Geld freizugeben und ein Bauprogramm auf den Weg zu bringen, ist das eine. Das andere ist, das Programm auch schnell umzusetzen. Deshalb fordern wir in Ziffer 4 neu, die Planung des Bauprogramms bis Ende 2026 abzuschließen. Es soll nicht so laufen wie in Freimann. Das dortige Gerätehaus war lange fertig geplant, aber bis es zur Ausführung kam, haben sich immer wieder Änderungen ergeben. Das hat den Bau verteuert. Deswegen müssen wir schon jetzt einen Endpunkt anvisieren.

Im früheren Gerätehaus-Bauprogramm gab es auch schon Kategorien und Priorisierungen. Das hat meistens Schwierigkeiten verursacht, weil die Kategorisierung zu starr war. Wenn bei einem höher priorisierten Gerätehaus etwas dazwischenkam, geriet das Programm ins Stocken. Deswegen möchten wir, dass die Kategorie bei unvorhersehbaren Ereignissen aufgelöst und ein anderes, fertig geplantes Gerätehaus vorgezogen werden kann.

Manchmal tut sich die Stadt mit der Umsetzung der Bauprogramme schwer. Dafür gibt es verschiedene Gründe, ich möchte das gar nicht kritisieren. Aber aus diesem Grund fordern wir in Ziffer 13 unseres Änderungsantrags, bei mindestens zwei Projekten die Vergabe einer Generalunternehmenschaft (GU) oder Generalübernehmerschaft (GÜ) an die MRG zu prüfen. Dadurch können Synergieeffekte genutzt und Tempo aufgenommen werden. Die MRG hat Erfahrung in solchen Projekten.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und danken der Verwaltung und besonders Michael Schmid noch einmal für die Vorlage.

StR Smolka:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir schließen uns dem Dank ans Kommunalreferat, KVR, Baureferat und an die Branddirektion an. Die Vorlage ist zwingend notwendig. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine haben sich unsere Sicherheitsbedürfnisse deutlich verändert. Dem müssen wir Rechnung tragen. – (Zwischenruf) – Und das werden wir mit viel Verve und Tempo tun.

Vielen Dank der Freiwilligen Feuerwehr! 2024 gab es 3 300 Einsätze, das heißt 150 Einsätze je Abteilung und damit je Gerätehaus. Das ist eine ganze Menge! Dafür braucht es – wie der Kollege Luther und die Kollegin Odell schon beschrieben haben – deutlich verbesserte Voraussetzungen.

Ein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich schon seit Längerem in den Feuerwehren umtun. Das sind sowohl die Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der SPD und von meiner Partei sowie der 2. Bürgermeister.

Die Priorisierung nach Kategorien ist sinnvoll. Ich habe lange überlegt, ob anders priorisiert werden müsste, aber dem ist nicht so. Trudering, Michaeliburg und das Dienstleistungszentrum München-Ost sind wirklich wichtig.

Dem Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD werden wir nicht zustimmen. Es wäre toll, wenn schon 2026 oder 2027 mit der Umsetzung begonnen werden könnte, aber wir sind da skeptisch. Die Planer benötigen Verfahren gemäß Vergabeverordnung (VgV), weil die Projektvolumina wahrscheinlich deutlich höher sind, und wir brauchen die Leistungsphasen 2 und 3. Ich bitte das Baureferat, klarzustellen, ob auch bei der Generalübernehmerschaft ein Vergabeverfahren notwendig ist. Herzlichen Dank! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste – Volt)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich dem Dank an die Feuerwehren an und möchte klarstellen, dass nicht die Kriege – von denen es aktuell leider viel zu viele gibt – den Sicherheitsbedarf auslösen. Wir sprechen schon seit Langem darüber, dass die Feuerwehren gestärkt werden müssen.

Auch ich bin skeptisch, ob sich der Planungsprozess auf Anordnung des Stadtrats beschleunigen lässt. Bei einem Bauprojekt wird mindestens die Hälfte des Aufwandes in eine sorgfältige Planung gesteckt. Man kann nicht einfach sagen, das soll jetzt schneller gehen. Ich bin gespannt, was die Referentin dazu sagen wird und mit welchen Mitarbeitenden sie das umsetzen möchte, denn sie darf kein neues Personal einstellen.

Die Forderung in Ziffer 13, eine Generalunternehmerschaft oder Generalübernehmerschaft an die MRG zu vergeben, wird zu einer Verzögerung von etwa einem halben Jahr führen. Auch die MRG wird das Problem haben, neue Mitarbeitende zu gewinnen. Vielleicht kann die Referentin sagen, ob sie das für einen gangbaren Weg hält. Danke!

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich für die große Zustimmung zum Inhalt der Vorlage bedanken, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Mit dem Änderungsantrag und den aufgeworfenen Fragen hat sich die Hauptabteilung Hochbau, die die Projekte umsetzen wird, eingehend beschäftigt. Das Ergebnis möchte ich Ihnen gern zur Kenntnis geben. Ich habe es auch in schriftlicher Form, sodass es dem Protokoll angehängt werden kann.

Zu den sechs Projekten in der ersten Priorisierungsstufe gibt es bisher nur Machbarkeitsstudien. Nur das in Forstenried befindet sich bereits in Leistungsphase 2. Das heißt, der von Ihnen vorgeschlagene Zeitrahmen – Planungsstart im März 2026 und Baubeginn bereits 2027 – ist schlicht unmöglich.

Ich kann das auch begründen: Aufgrund des Projektvolumens von ca. 10 Mio. € pro Projekt sind wir gemäß Vergabeverordnung verpflichtet, die Planung europaweit auszuschreiben. Das VgV-Verfahren dauert in der Regel bereits vier bis sechs Monate. Leistungsphase 2 mit allen Abstimmungen – mit der Feuerwehr, dem Denkmalschutz, der LBK, Naturschutz, Förderung etc. – dauert ca. acht Monate. Leistungsphase 3 mit Projektantrag und verwaltungsinterner Projektgenehmigung

und überlappend Leistungsphase 4 nehmen ca. fünf Monate in Anspruch. Baugenehmigung, Bearbeitung in der LBK usw. brauchen ca. sechs Monate. Die ebenfalls überlappenden Leistungsphasen 5, 6, 7 dauern noch einmal ca. zehn Monate, schlicht und ergreifend, weil auch dafür eine europaweite Ausschreibung nötig ist, deren Vergabefristen beachtet werden müssen. Es geht um hochtechnische Anlagen. Das können wir nicht übers Knie brechen. Deshalb hatten wir Ihnen in der Vorlage eine, wie wir meinen, sehr seriöse und realistische Zeitschiene dargestellt, die wir auch halten können.

Für alle genannten Aspekte haben wir einen Vorlauf von ungefähr zweieinhalb Jahren, selbst mit extremer Beschleunigung von zwei Jahren. Daher gehen die von Ihnen geforderten Fristen schlicht nicht. Auch für die Vergabe an einen Generalübernehmer müssen wir aufgrund der Volumina in das VgV-Verfahren für Projektsteuerung eintreten. Ich glaube, eine Direktvergabe ist nicht möglich. Für die Erarbeitung einer funktionalen Leistungsbeschreibung und der Ausschreibungsunterlagen brauchen wir in diesem Fall mindestens sechs Monate. Ausschreibung, Veröffentlichung und Prüfung der europaweiten GÜ-Vergaben unter Beachtung der Vergabefristen dauern noch einmal ca. sechs Monate und Planung und Baubeginn durch den Generalübernehmer ca. acht Monate. Das heißt, auch unter einer GÜ wird das Projekt vom Start bis zum Baubeginn ca. zwei Jahre dauern.

Ich bitte Sie daher, die Fristen, die Sie im Änderungsantrag fordern, zu überdenken bzw. zurückzuziehen. Klar, Sie können beschließen, was Sie wollen. Aber die Einhaltung dieser Fristen ist rechtlich schlicht nicht möglich. Vielen Dank!

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zu der Frage einer Direktbeauftragung der MRG oder einer GÜ: Die Stadt München hat die MRG inhouse bereits direkt beauftragt, beispielsweise mit dem Umbau von ehemaligen Bettenhäusern im Krankenhaus Schwabing zu Wohnungen. Das war eine direkte Beauftragung der MRG. Ob man die MRG direkt als Generalübernehmer beauftragen kann, will ich nicht abschließend beurteilen. Die MRG ist und bleibt ein öffentlicher Auftraggeber. Dann verlagert sich die gewerkeweise Vergabe von der Mutter Landeshauptstadt München auf die Tochter MRG.

Aber wir haben noch ein anderes Beispiel, nämlich den Neubau der Feuerwache an der Landsberger Straße, den Ersatz für die Feuerwache 3. Dort hatten wir auch eine Generalübernehmer-Vergabe angestrebt. Wir wissen, dass wir Generalüber- oder -unternehmer-Vergaben nicht so einfach ohne Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung machen können. Diese legt großen Wert

auf Mittelstandsförderung und leitet daraus die gewerkeweise Vergabe ab. Aber wir haben für das eine oder andere Beispiel in München auch schon die Zustimmung der Regierung von Oberbayern bekommen, z. B. für den Bau der ersten mehrgeschossigen Schule in Holzbauweise oder den Neubau des Münchner Volkstheaters. Auch das war eine GÜ-Vergabe. Allerdings flossen beim Volkstheater keine staatlichen Zuschüsse. Für Feuerwehreinrichtungen gibt es staatliche Zuschüsse. Das müsste geklärt werden.

Angelehnt an das Beispiel der angestrebten GÜ-Vergabe beim Neubau der Feuerwache an der Landsberger Straße legen wir aber Wert darauf, dass im weiteren Verfahren geprüft wird, ob das eine oder andere Projekt in diesem Programm für die Freiwillige Feuerwehr nicht doch über eine GÜ- oder GU-Vergabe umgesetzt werden kann. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Smolka:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Reissl, Sie bleiben in Ziffer 4 des Änderungsantrags bei der Frist bis Ende 2026? – (StR Reissl: Ja.) – Dann möchten wir den Änderungsantrag gern ziffernweise abstimmen.

StRin Fuchs:

Meine Fraktion kann Ziffer 4 neu des Änderungsantrags nicht zustimmen. Bis Ende 2026 erscheint auch uns recht knapp. Den Ziffern 12 ergänzt und 13 neu stimmen wir zu.

Der gemeinsame Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD wird ziffernweise abgestimmt wie folgt:

Ziffer 4 neu wird gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste – Volt, DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste,

Ziffer 12 ergänzt einstimmig und

Ziffer 13 neu gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste **beschlossen.**

Ziffer 4 des entsprechend modifizierten Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste – Volt, DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste,

Ziffer 13 neu gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste, alle übrigen Ziffern werden **einstimmig beschlossen.**

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie ich im Vorfeld der Abstimmung zu erklären versucht habe, ist der von Ihnen gewünschte Zeitplan nicht machbar. Die entsprechenden Ausführungen der zuständigen Fachleute habe ich zu Protokoll gegeben. Auch wenn wir die Projekte an die MRG übergeben, muss sich diese an das europäische Vergaberecht und die dort vorgeschriebenen Fristen halten. Damit sind Ihre Terminvorgaben realistisch nicht machbar, denn ich gehe davon aus, dass Sie auch in diesem Fall eine seriöse, gute Planung erwarten, wie Sie es von uns gewöhnt sind, und nicht irgendeinen Pfusch. Vielen herzlichen Dank!

OB Reiter:

Das eine bedingt nicht immer das andere. Ich würde mir ein bisschen Innovationsgeist wünschen. Man muss nicht zwingend immer alles europarechtlich ausschreiben. – (Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer: Das Vergaberecht schreibt das vor. – Unruhe) – Glauben Sie mir: Europa ist groß. Ich kenne viele Bauprojekte innerhalb Europas, die sich nicht zwingend an das europäische Baurecht halten. – (Zwischenrufe) – Ich kann Ihnen gern einen Kontakt in Brüssel vermitteln, der völlig anderer Ansicht ist, was europäisches Baurecht muss und was nicht. Dann gilt „trial and error“.

Der Stadtrat hat es nun jedenfalls so beschlossen. In einem halben Jahr können Sie ihm erklären, dass und warum Sie es nicht schaffen. Ich würde mir aber wünschen, dass Sie sich einmal Gedanken machen, ob man nicht das Haupthindernis, die Ausschreibungszeiten, dramatisch verändern kann. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER – Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer: Wir müssen uns nun einmal an die Regeln der EU halten.) – Das müssen wir, aber manchmal können Dinge einfach schneller gehen. Ich vermute, das ist die Idee hinter diesem Antrag – (Unruhe)

Ich darf mich von der Feuerwehr verabschieden. Ihr könnt jetzt wieder Eurem Dienst nachgehen. Nicht dass es noch irgendwo brennt. Ich glaube, es war ein erfolgreicher Vormittag. – (Heiterkeit) – (Stadtbrandrat Blank: Vielen Dank!)

OB Reiter:

So. Wo samma, sagen die N...?

Zu seiner Äußerung am Ende der Behandlung des Tagesordnungspunkts A3 erklärt

Oberbürgermeister Reiter:

„Bei der Äußerung handelt es sich um ein Zitat aus einem Stück des Künstlers Fredl Fesl, das mir spontan über die Lippen kam bei der Frage, wo wir uns in der Tagesordnung befinden. Es lag mir in keiner Weise daran, Menschen zu verletzen oder abzuwerten. Wenn sich durch meine Worte jemand verletzt oder herabgesetzt gefühlt hat, bedaure ich das ausdrücklich und bitte dafür um Entschuldigung.“

– BMin Dietl übernimmt den Vorsitz. –

**B2: Gleichstellungspolitische Leitlinien der Stadtratskommission
zur Gleichstellung von Frauen
– Bekanntgabe –**

Aktensammlung Seite 8611

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir hatten keine Gelegenheit, uns an anderer Stelle dazu zu äußern. Deshalb müssen wir es an dieser tun. Es ist zwar eine Bekanntgabe, aber wir möchten trotzdem unseren Protest und unsere Ablehnung ausdrücken.

Wir von der AfD sind selbstverständlich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie sie in Art. 3 des Grundgesetzes bestimmt ist. Gleichberechtigung ist eine Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft. Aber wir halten die in Ihrer Gleichstellungsrichtlinie propagierten Vorgaben für nicht geeignet, der Gleichberechtigung zu dienen und den Frauen zu helfen. Ginge es Ihnen wirklich darum, den Frauen etwas Gutes zu tun, müssten Sie auch konservativ denkende Frauen miteinbeziehen und auch diese um Rat fragen. Aber bei der Besetzung der Stadtratskommission verengen Sie den Blickwinkel, indem Sie konservativen Stadträtinnen die Mitarbeit in der Kommission verwehren.

Wenn sie die Leitlinien nicht aktiv fördern oder ablehnen, dürfen sie in dieser Kommission nichts für Frauen tun. Sie ignorieren dabei, dass inzwischen 92 % der Bevölkerung das Gendern ablehnen. Trotzdem wollen Sie genau das mit dieser Leitlinie erreichen. Sie wollen es gegen eine Mehrheit von 92 % weiter fördern!

Sie arbeiten dabei auch aktiv gegen die traditionellen Rollenbilder von Frauen, obwohl es in München viele konservativ denkende Frauen gibt. All diese Frauen lassen Sie im Stich, weil Sie sich anmaßen, besser zu wissen und bestimmen zu können, was der Weg für die Frauen insgesamt sein muss. Damit entmündigen Sie alle konservativ denkenden Frauen. Das steht im Widerspruch zum Demokratieverständnis, weil Sie nicht alle mitreden lassen. Deshalb lehnen wir diese Leitlinien als Schubladendenken und Genderideologie ab. Danke!

BMin Dietl:

Vielleicht wäre es auch an der Zeit, nur noch die weibliche Form zu benutzen. Nur die männliche haben wir lange genug gehört. – (Beifall von der linken Seite des Hauses)

StRin Wennngatz:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzende der amtierenden Gleichstellungskommission erlaube ich mir, ein für alle Mal mit den Fake News aufzuräumen, die uns hier entgegengeworfen wurden. – (Beifall) – Die Gleichstellungskommission ist sehr wohl repräsentativ besetzt und schließt die – wie Sie das genannt haben – „konservativen“ Stadträt*innen mit ein. Ich freue mich immer wieder über Wortmeldungen und Beiträge z. B. von Alexandra Gaßmann, Sabine Bär und Ulrike Grimm. – (StRin Dr. Menges: Und von mir?) – Habe ich jemanden vergessen? – (StRin Dr. Menges: Ach, ich bin ja gar kein Mitglied! – Heiterkeit) – Ich wollte es gerade sagen.

Auch seitens der Frauenverbände ist ein sehr breites Spektrum der Stadtgesellschaft in der Gleichstellungskommission vertreten – von wegen verengter Blickwinkel. Das ist einfach der Klassiker der AfD, den sie seit sechs Jahren immer wieder vorbringt. Aber das sind falsche Behauptungen, und damit sollte endlich einmal Schluss sein. Ich hoffe schwer, dass Sie uns in der nächsten Wahlperiode nicht weiter mit Ihren Fake News belästigen können.

Ich möchte noch ein kurzes Wort zu diesen Leitlinien sagen: Wir haben uns im letzten Jahr in einem sehr intensiven Prozess in mehreren Extrasitzungen mit Vertreter*innen aus der Gleichstellungskommission Gedanken über diese Leitlinien gemacht; darüber, wie man darin eine Stadt repräsentieren kann, die alle und alle Belange berücksichtigt. Erst heute Morgen haben wir uns alle gemeinsam dafür ausgesprochen, diese Leitlinie auch als eine der Demokratie zu verstehen, die vom ganzen Haus mitgetragen wird. Deshalb bin ich sehr dankbar und stolz, dass diese Leitlinien einstimmig von allen Mitgliedern der Gleichstellungskommission beschlossen wurden. Vielen Dank! – (Beifall)

Die Bekanntgabe des Referenten wird **zur Kenntnis genommen**.

**B5: Ausschreibung von Bettplätzen mit Flexi-Heim-Standard;
Ausschreibung der Betriebsprüfung neuerrichteter Flexi-Heime;
Finanzierung angestiegener Anmietkosten von Beratungsräumen der
Bezirkssozialarbeit in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben**

Aktensammlung Seite 8615

StRin Wassill:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren! Wir denken, dass einige weitere Bürger dieser Stadt demnächst obdachlos werden. Deshalb werden wir die Ziffern 4 und 5 ablehnen. Dem Rest werden wir zustimmen.

Wir haben uns das angeschaut. Es ist alles ein bisschen unübersichtlich und nicht ganz einfach zu durchblicken. Die Bettplatzbereitstellung ist getrennt von der Betriebsführung. Eigentlich geht es um ein Volumen von 132 Mio. €, Sie müssten also europaweit ausschreiben. Mir ist nicht ganz klar, ob Sie nicht beides meinen. Im Endeffekt scheint es sich aber aufzuteilen.

Das Problem ist: Wie soll es aufgeteilt werden? Könnte es nicht sein, dass es für ein Flexi-Heim auf der einen Seite ein Bettplatzbereitstellungsunternehmen gibt und auf der anderen Seite, getrennt davon, die Betriebsführung? Wenn das verschiedene Träger sind, müssten sie sich darauf einigen, wie sie sich die Bettplatzpauschale aufteilen. Das erscheint mir etwas schwierig. Es wäre wahrscheinlich einfacher, das kombiniert auszuschreiben. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. 1.000 € warm im Monat für ein Bett in München, Donnerwetter! Schlimm!

Sie schreiben, dass Sie es europaweit ausschreiben wollen. Ich würde Sie bitten, in diesem Fall noch einmal genau nachzusehen. In der Vorlage sprechen Sie immer von 30 Tagen Risikoangebotsfrist. Sehen Sie sich § 15 der Vergabeverordnung (VgV) bitte noch einmal an. Dort steht 35 Tage. Machen Sie hier bitte keine Fehler, das könnte teuer werden.

Sie schreiben die Betriebsform für zehn Jahre aus. Ich frage mich, ob es nicht besser wäre, erst einmal auf fünf Jahre auszuschreiben, wie im Bereich der Gewerbemieten, mit einer Verlängerungsoption. Dann würde sich auch die Summe auf 66 Mio. € reduzieren. Das wäre vielleicht etwas besser und finanztechnisch weniger belastend. Wir wissen nicht, was in fünf Jahren ist, und Sie wollen das auf zehn Jahre festsetzen. Das erscheint uns ein bisschen gewagt. Es wäre besser,

sich die Möglichkeit offen zu lassen, möglicherweise auch früher wieder aus diesen Verträgen herauszukommen.

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, Wohnungen in München zu schaffen, wenn Sie der Remigration ein bisschen nachhelfen und das Ende des Sicheren Hafens erklären würden. – (Unruhe – Zwischenrufe) – Das würde auch helfen. Dann würde auch kein weiterer Zuzug aus den Kriegsgebieten mehr stattfinden. – (Zwischenruf) – Das wäre auch gut. Danke! – (Unruhe)

BMin Dietl:

Im Sinne der demokratischen Parteien rüge ich hiermit die Verwendung des Begriffs „Remigration“. – (Anhaltender Beifall) – Die breite Mehrheit des Münchner Stadtrats lehnt die damit verbundene Idee ab.

Die Ziffern 4 und 5 des Antrags der Referentin werden gegen die Stimmen der AfD und eine Stimme von DIE LINKE./Die PARTEI, alle weiteren Ziffern gegen eine Stimme von DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

**B7: Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 – West von Laim nach Pasing
Oberflächenwiederherstellung der Gotthardstraße zwischen östlichem Bauende
und Genovevaweg im 25. Stadtbezirk Laim**

- 1. Projektgenehmigung**
- 2. Genehmigung zur verwaltungsinternen Ausführungsgenehmigung**

Aktensammlung Seite 8619

StRin Wassill:

Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren! Schön, dass die Oberfläche wiederhergestellt wird. Dann gibt es hoffentlich eine Baustelle weniger. Das Ganze soll 17,6 Mio. € kosten. Wir fragen uns, ob das nicht ein bisschen billiger geht. Sie planen die Radwege und Gehsteige wahn-sinnig breit. Die Trottoirs sollen 4 m bis 4,70 m breit werden, die Radwege sollen die Maximalbreite von 2,50 m erhalten.

Damit versiegeln Sie doch enorm viel. Ich dachte, Sie wollen eine Schwammstadt. Dann würde ich beides doch einfach nur in Mindestbreite und dafür mehr Grün machen. Das wäre unser Vor-schlag. So könnten auch die Kosten für das ganze Material für Trottoir und Radweg eingespart werden. Deshalb lehnen wir den Beschlussvorschlag ab.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der AfD **beschlossen**.

**B11: Regionaler Planungsverband München (RPV);
Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von Windenergieanlagen**

Aktensammlung Seite 8627

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Der Regionalplanungsverband ist verpflichtet, Vorranggebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen auszuschreiben und hierzu regelmäßig Bericht zu erstatten. Inzwischen wurde festgestellt, dass der Perlacher Forst als Standort für Windenergieanlagen nicht geeignet ist. Ebenso wurde bestätigt, dass im Forstenrieder Park bestimmte Flächen aus der Planung herausgenommen werden können, da andernfalls der Flugverkehr durch die bis zu 270 Meter hohen Windkraftanlagen beeinträchtigt würde.

Wir hoffen, dass für die weiteren vorgesehenen Standorte kein Investor gefunden wird, der Eingriffe in unsere wertvolle Natur und den Wald vornimmt. Die Aussichten dafür stehen nicht schlecht, zumal die Stromeinspeisevergütungen, also die Förderprämien, seit dem 1. Januar nicht mehr automatisch für jede erzeugte Kilowattstunde bezahlt werden. Folglich werden sich Windenergieanlagen ohne Fördermittel wirtschaftlich kaum rentieren. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht besteht daher kaum Aussicht auf eine angemessene Rendite.

Bayern zählt zu den windschwächsten Regionen Deutschlands. Der Bau von Windkraftanlagen erscheint dort daher nur begrenzt sinnvoll. Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass auch ein anderer energiepolitischer Weg eingeschlagen werden kann: Die französische Regierung plant, sechs bis acht neue Atomkraftwerke zu errichten und auf den weiteren Ausbau von Windenergieanlagen zu verzichten.

Ein Kernkraftwerk erzeugt bei vergleichbaren Investitionskosten wie für rund 2 000 Windkraftanlagen über einen deutlich längeren Zeitraum Strom. Seine Stromerzeugung ist zudem um rund zwei Drittel günstiger. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, den Ausbau von Wind- und Solaranlagen in unserer Region weiter zu forcieren. Dieser würde den Bürgerinnen und Bürgern keinen nachhaltigen Nutzen bringen und der Umwelt schaden.

Der Antrag der Referentin wird gegen die AfD **beschlossen**.

**C5: Sozialen Zusammenhalt stärken, Spracherwerb ermöglichen, Integrationskurse retten!
Dringlichkeitsantrag Nr. 6482 von Die Grünen – Rosa Liste – Volt
für die Vollversammlung vom 04.03.2026**

Aktensammlung Seite 8655

Bfm. StR Wiechers:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Der Dringlichkeitsantrag sowie der vorausgehende Antrag zur dringlichen Behandlung richten sich an das Kulturreferat als Betreuungsreferat der Volkshochschule sowie an das Sozial- und das Gesundheitsreferat, die ebenfalls von den Kürzungen des Bundesinnenministeriums betroffen sind.

Ich möchte zu den im Dringlichkeitsantrag aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen und aufzeigen, welche Auswirkungen sich daraus ergeben. – (Unruhe) – Leider reiht sich diese kurzfristige Kürzung in eine bereits im Jahr 2025 erfolgte Mittelkürzung des Bundesinnenministeriums ein. Die MVHS musste als städtisches Beteiligungsunternehmen bereits Maßnahmen für den Zeitraum ab August 2027 ergreifen und das Kursangebot schon jetzt deutlich reduzieren. Die Kürzung führt dazu, dass rückwirkend zum 1. Dezember 2025 das ursprünglich geplante Kursprogramm erheblich gefährdet und die Finanzierung nicht mehr gesichert ist.

Die MVHS erbringt rund 40 % der Integrationskurse in der Stadt. Für diese Leistungen stand bislang ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 3,15 Mio. € zur Verfügung. Aufgrund der aktuellen Kürzungen in Höhe von 1,4 Mio. € können von den derzeit rund 465 Kursen künftig etwa 210 Kurse nicht mehr angeboten werden. Problematisch ist, dass der für das laufende Jahr bereits erstellte und vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan das nun entstehende Finanzierungsdefizit nicht abbildet.

Von den Kürzungen sind sowohl 26 festangestellte Mitarbeitende als auch 111 freiberuflich Dozierende betroffen. Nach Berechnungen der MVHS müssten rund 6,25 VZÄ entweder in andere Aufgabenbereiche überführt oder, was ausdrücklich nicht beabsichtigt ist, deren Beschäftigungsverhältnisse infrage gestellt werden. Für die 111 freiberuflich tätigen Dozierenden auf Honorarbasis würde dies bedeuten, dass etwa 40 Personen künftig nicht mehr eingesetzt werden könnten. Im Gremium besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die sozial-, integrations- und wirtschaftspolitischen Folgen der Kürzungen ein äußerst verheerendes Signal darstellen.

Auch die Wirtschaftsverbände haben entsprechende Stellungnahmen abgegeben, nachdem bereits im Jahr 2025 die zentralen B2-Sprachkurse massiv reduziert wurden. In der Folge sind die Wartezeiten auf Kurse für Lernende und für Unternehmen, die auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind, deutlich angestiegen.

StR Lechner:

Meine Fraktion hat mit dem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass sich der Münchner Stadtrat eindeutig gegen die geplanten Kürzungen der BAMF-Fördermittel für Integrationskurse positioniert. Inzwischen liegen weitere Stellungnahmen der IHK, verschiedener sozialer Träger, der Volkshochschulen sowie anderer Kommunen vor. Diese machen deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns gemeinsam und mit einer stärkeren Stimme äußern. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Oberbürgermeister angeregt hat, zusammen mit den Gremien anderer großer Städte eine abgestimmte Reaktion zu erarbeiten. Dies begrüßen wir ausdrücklich und halten es für dringend erforderlich.

Die Angelegenheit ist auch deshalb dringlich, weil der Bundesinnenminister parallel zu den Kürzungen beschlossen hat, bereits ab dem dritten Aufenthaltsmonat Arbeitsgenehmigungen zu erteilen. Das führt zu einer widersprüchlichen Situation: Menschen sollen sehr früh in Beschäftigung gebracht werden, erhalten aber gleichzeitig nicht die notwendigen Sprachkenntnisse, um sich im Arbeitsalltag zurechtzufinden. Ohne ausreichende Sprachförderung besteht die Gefahr, dass sie Tätigkeiten ausüben müssen, ohne ihre Rechte zu kennen oder sich angemessen verständigen zu können. Dadurch geraten sie in eine moderne Arbeitssklaverei.

Seit 2015 arbeite ich intensiv mit Geflüchteten. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir ein Mann aus Afghanistan, der sich sehr beim Deutschlernen anstrengte. Er sagte einmal zu mir: „Meine Familie hat mir mitgegeben, dass Sprache der Zugang zur Kultur ist.“ Bei dem Mann handelt es sich um den heutigen Migrationsbeiratsvorsitzenden Arif Abdullah Haidary.

Mein Beispiel zeigt, wie wichtig die Sprache ist. Sie schafft erst die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass wir Menschen in unsere Gesellschaft aufnehmen können. Für eine erfolgreiche Integration ist es unerlässlich, dass Menschen Deutsch lernen können und dabei die erforderliche Unterstützung erhalten.

Wir sind der Auffassung, dass die Integrationskurse wieder eingeführt werden müssen. Dies ist nicht nur aufgrund der bereits beschriebenen Folgen erforderlich, sondern vor allem, weil sie ein wichtiges Signal senden und reale Chancen zur Integration eröffnen: Menschen kommen miteinander in Kontakt, lernen auf Augenhöhe voneinander und erwerben die Deutschkenntnisse, die sie benötigen, um ihre Rechte zu verstehen.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erläutern, warum wir dem Dringlichkeitsantrag der Linken nicht zugestimmt haben, dem der Grünen jedoch schon: Der Antrag der Grünen ist klarer formuliert und seine Zielgruppe ist eindeutig definiert.

Wir kritisieren die Entscheidung des BAMF, die Kurse für Menschen mit einer Bleibeperspektive zu streichen, und sind darüber nicht erfreut. Deutsche Sprachkenntnisse sind die Grundvoraussetzung für Integration, für gesellschaftliche Teilhabe und insbesondere für die Teilhabe am Erwerbsleben sowie am Bildungssystem. Für Menschen ohne Bleibeperspektive hingegen sind keine Sprachkurse notwendig. Wir wollen als Stadtrat ein klares Signal nach Berlin senden.

Die Kosten für Integration sind erheblich höher, wenn Menschen bereits zwei Jahre hier sind und in dieser Zeit keine Möglichkeit haben, die Sprache zu lernen. Es wäre wesentlich günstiger, ihnen von Anfang an den Spracherwerb zu ermöglichen. Zudem hat das Thema eine wirtschaftspolitische Dimension: In vielen Branchen werden Arbeitskräfte gesucht und die Teilhabe am Arbeitsmarkt hängt maßgeblich von ausreichenden Sprachkenntnissen ab.

StRin Odell:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, dass dieses Thema erneut auf der Tagesordnung steht. Es ist gut, wenn wir gemeinsam ein klares Signal senden, wie wir die Situation in München bewerten. Die Entscheidung des Bundesinnenministeriums betrifft München in besonderer Weise, wie die Zahlen zeigen: An der MVHS verlieren über 1 000 Teilnehmende ihre Berechtigung zur Teilnahme an den Kursen. Das ist eine enorme Zahl. Die Maßnahme betrifft die Dozierenden ebenso wie andere Kursanbieter und hat zudem finanzielle Auswirkungen für die MVHS. Wir können die Entscheidung nicht nachvollziehen und kritisieren sie deutlich.

Ich halte es für sinnvoll, Menschen gerade am Anfang das Handwerkszeug zu geben, das sie brauchen, um sich hier zurechtzufinden. Es ist ohnehin schwer, sich in einem fremden Land einzulernen. Ohne Sprachkenntnisse wird es schwerer. Deshalb ist es kurzfristig, am Anfang zu wenig

zu investieren. Am Ende zahlen die Kommunen ein Vielfaches, wenn Menschen zu Beginn nicht die Möglichkeit bekommen, die Sprache zu lernen und sich zu integrieren.

Ich kenne persönlich einen ehemaligen Integrationskursteilnehmer, der zwei Jahre später selbst begonnen hat, Alphabetisierungskurse zu unterrichten. Das zeigt, welche positive Entwicklung möglich ist, wenn Menschen von Anfang an gut unterstützt werden. Unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen Investition ist es schlicht falsch, diese Unterstützung zu verweigern.

Der vom Minister Dobrindt verwendete Ausdruck „Integration durch Arbeit“ wirkt auf mich befremdlich. Die Teilnahme am Arbeitsmarkt ist wichtig, und wir unterstützen ausdrücklich, dass viele Menschen möglichst schnell arbeiten dürfen und können. Doch dafür benötigen sie auch die notwendige Unterstützung.

„Du kannst kein Deutsch, dann mach eben irgendetwas und schau, wie du zurechtkommst“: Das ist keine Integration! – (Beifall) – Ohne angemessene Unterstützung verbleiben Menschen in unqualifizierten Tätigkeiten und können keine Arbeit ausüben, die ihren tatsächlichen Fähigkeiten entspricht. Wer einmal im Arbeitsmarkt angekommen ist, hat später kaum noch die Möglichkeit, die Sprache nachzuholen.

Deshalb ist es wichtig, den Menschen von Anfang an die Möglichkeit zu geben, Deutsch zu lernen. Wir sprechen uns dafür aus, dass der Zugang zu Integrationskursen erhalten bleibt, und hoffen, dass die Stadtspitze sowie alle, die sich an die Bundesregierung und insbesondere an den Bundesinnenminister wenden, damit Gehör finden werden. Vielen Dank.

StRin Fuchs:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute fraktionsübergreifend deutlich gemacht, wie wir Demokrat*innen zu dieser Entscheidung stehen. Entscheidungen dieser Art schwächen unsere eigenen Fachkräftepotenziale. Das ist unstrittig.

Vielen Dank für die Zahlen und die Erläuterungen. Mich würde interessieren, ob das Sozialreferat darlegen kann, wie die Träger mit der aktuellen Situation umgehen. Viele von ihnen haben für die Durchführung der Kurse langfristige Mietverträge abgeschlossen und entsprechende Räume angemietet. Gibt es bereits Überlegungen, sich verwaltungsmäßig mit den betroffenen Referaten zusammenzusetzen, um Lösungen zu entwickeln?

Ein weiteres Problem stellt der bereits bestehende Lehrkräftemangel bei den Kursträgern dar. Derzeit sind rund 40 Lehrkräfte freiberuflich tätig. Wie können wir diese personellen Ressourcen künftig sichern? Wenn die Strukturen nun wegfallen, werden wir viele dieser Fachkräfte nicht mehr zurückgewinnen. Damit verlieren wir personelle Strukturen, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden. Wenn Lehrkräfte wieder gebraucht werden, müssten die Strukturen wieder von Grund auf neu aufgebaut werden. Wie könnten hier Übergangs- oder Zwischenlösungen aussehen?

Uns ist bewusst, dass die Haushaltslage der Kommune keine Kompensation der Bundesentscheidung zulässt und auch vom Land wenig zu erwarten ist. Dennoch wäre es sinnvoll zu prüfen, ob Gespräche mit der IHK oder anderen externen Akteuren möglich sind, um zumindest einen Teil des Angebots zu erhalten. Wir möchten, dass der Stadtrat nach der verwaltungsinternen Zusammensetzung erneut regulär in den zuständigen Ausschüssen mit dem Thema befasst wird.

Bfm. StR Wiechers:

Der von den Grünen gestellte Antrag zur dringlichen Behandlung wird inzwischen als regulärer Antrag bearbeitet. Wir werden gemeinsam mit dem Sozial- und dem Gesundheitsreferat auf Grundlage des Zahlenmaterials eine Vorlage erarbeiten, mit der der Stadtrat zeitnah befasst wird.

Selbstverständlich versuchen wir auch auf anderen Wegen, entstandene Einschnitte zu kompensieren. Wir haben in der Aufsichtsratssitzung der MVHS bereits intensiv darüber diskutiert, wie die für 2025 beschlossenen Kürzungen anderweitig kompensiert werden können. Für die MVHS als privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen ist das sehr schwierig, weil sie wie alle anderen Bereiche der Stadtverwaltung auch von den Konsolidierungsmaßnahmen betroffen ist. Wir werden in Abstimmung mit den beteiligten Referaten gegebenenfalls erneut das Gespräch mit dem Bildungsreferat aufnehmen, um mögliche Wege zur teilweisen Kompensation zu klären.

Stellv. Referent Eckhardt:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben eine vielfältige Trägerlandschaft. Auch viele kleine Träger sind betroffen. Wir prüfen derzeit, welche Auswirkungen mit den Kürzungen verbunden sind und in welchem Umfang eine Unterstützung möglich ist. Aufgrund der begrenzten Zeit war es bis zum heutigen Tag nicht möglich, die Informationen aufzubereiten. Wir werden in einer Beschlussvorlage mögliche Steuerungsmaßnahmen darlegen.

Die Jobcenter, die auch Teilnahmeberechtigungen ausstellen, sind von der aktuellen Entscheidung zunächst nicht betroffen. Der Großteil der Berechtigungen betrifft ukrainische

Leistungsbeziehende, die im Rechtskreis des SGB II geführt werden. Allerdings steht die Entscheidung des Bundestages zum geplanten Rechtskreiswechsel noch aus. Sollte der Wechsel zum 1. Juli 2026 wie vorgesehen beschlossen werden und die Betroffenen in das Asylbewerberleistungsgesetz übergehen, wären sie ebenfalls von den Kürzungen betroffen. In diesem Fall könnte das Jobcenter für diesen Personenkreis keine Teilnahmeberechtigungen mehr ausstellen. Wir werden auch diese Auswirkungen in der Beschlussvorlage ausführlich darstellen. Möglicherweise wissen wir dann auch, wie der Bundestag final entschieden hat.

Stellv. Referentin Dr. Herrmann:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesundheits- und Pflege-sektor ist massiv betroffen. Wir unternehmen derzeit im Rahmen der Taskforce Pflege und des Lenkungskreises Pflege unter der Leitung der 3. Bürgermeisterin alles Mögliche, um die Situation in der Pflege in München insgesamt zu verbessern. Das Thema Integrationskurse wurde bereits im letzten Lenkungskreis aufgegriffen. Wir werden uns in der Sitzung der Taskforce im April erneut damit befassen, die Akteur*innen sowie die ARGE einladen und die Ergebnisse in die Beschlussvorlage aufnehmen.

StR Lechner:

Danke für die Ausführungen. Ich möchte sicherheitshalber darauf hinweisen, dass ich vor zehn Tagen ähnliche Fragen gestellt habe.

Die Fragen des Dringlichkeitsantrages werden in einer gemeinsamen Beschlussvorlage des Sozialreferates, Kulturreferates und Gesundheitsreferates dem Stadtrat zeitnah vorgelegt.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 6482 bleibt somit als regulärer Antrag **aufgegriffen**.

Außerhalb der Tagesordnung

StRin Gaßmann:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Zu den besonders schönen Aufgaben des Münchner Stadtrats gehören die Besuche unserer Jubilare. Gestern hatte ich die Ehre, eine Jubilarin persönlich besuchen zu dürfen. Sie hat mich ausdrücklich gebeten, Ihnen auszurichten, wie sehr sie sich über den Besuch gefreut hat. Das ist keineswegs ein Einzelfall. Viele Jubilarinnen und Jubilare reagieren ebenso erfreut. Ich möchte mich beim Direktorium bedanken, das diese Besuche ermöglicht und vorbereitet. Mit ihnen zeigen wir unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wertschätzung, die sie verdienen.

– Ende der Sitzung um 11:22 Uhr. –

München, 4. März 2026

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll